FreieWähler

Remseck am Neckar

1947 bis 2022:

75 Jahre Freie Wähler in Remseck

- eine zusammenfassende Dokumentation

1947 bis 2022:
75 Jahre Freie Wähler in Remseck
– eine zusammenfassende Dokumentation

Vorbemerkungen

Am 07. Dezember 1947 fanden im damaligen Land Württemberg-Baden die ersten Gemeinderatswahlen auf der Grundlage eines Landesgesetzes statt. **Dabei kandidierte in Aldingen eine parteiunabhängige Liste unter der Bezeichnung „Freie Wählervereinigung“.** Somit definiert sich der Start der Freien Wähler als kommunalpolitische Kraft in unserer Stadt mit dieser Wahl und die Wählervereinigung blickt im Jahr 2022 auf ihr 75-jähriges Bestehen zurück.

Ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg von 75 Jahren ist die **Gründung des Ortsvereines der Freien Wähler Remseck am Neckar** am 24.10.1994. Nach der Kommunalwahl 1994 war man zur Erkenntnis gekommen, dass ein Ortsverein zur Verstetigung der kommunalpolitischen Arbeit von Nutzen sein würde. In den fast 50 Jahren zuvor war es von Wahl zu Wahl erforderlich, jeweils eine Gruppe von Interessierten zu bilden, um die Gemeinderats- und Kreistagswahl vorzubereiten.

Die Freien Wähler Remseck am Neckar haben die 75 Jahre zum Anlass genommen, in den Archiven die Ergebnisse der zurückliegenden Gemeinderatswahlen zu recherchieren und diese **Entwicklung in einer zusammenfassenden Form zu dokumentieren**.

Das soll in dieser umfangreicheren Form auf der Website der Freien Wähler Remseck geschehen, andererseits wurden aber die verschiedenen Aspekte zu Gemeinderatswahlen in Remseck am Neckar und den fünf Vorgängergemeinden in sechs kürzeren Beiträgen im Amtsblatt der Stadt Remseck dargestellt. Das Amtsblatt ist nicht der Ort, um bei der Recherche entdeckte Dokumente umfassend darzustellen, deshalb wurden dort nur Auszüge aus einzelnen Papieren abgedruckt. Auf der Website hingegen bietet es sich an, auch in größerem Umfang alte Dokumente, die in den Archiven lagern, für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

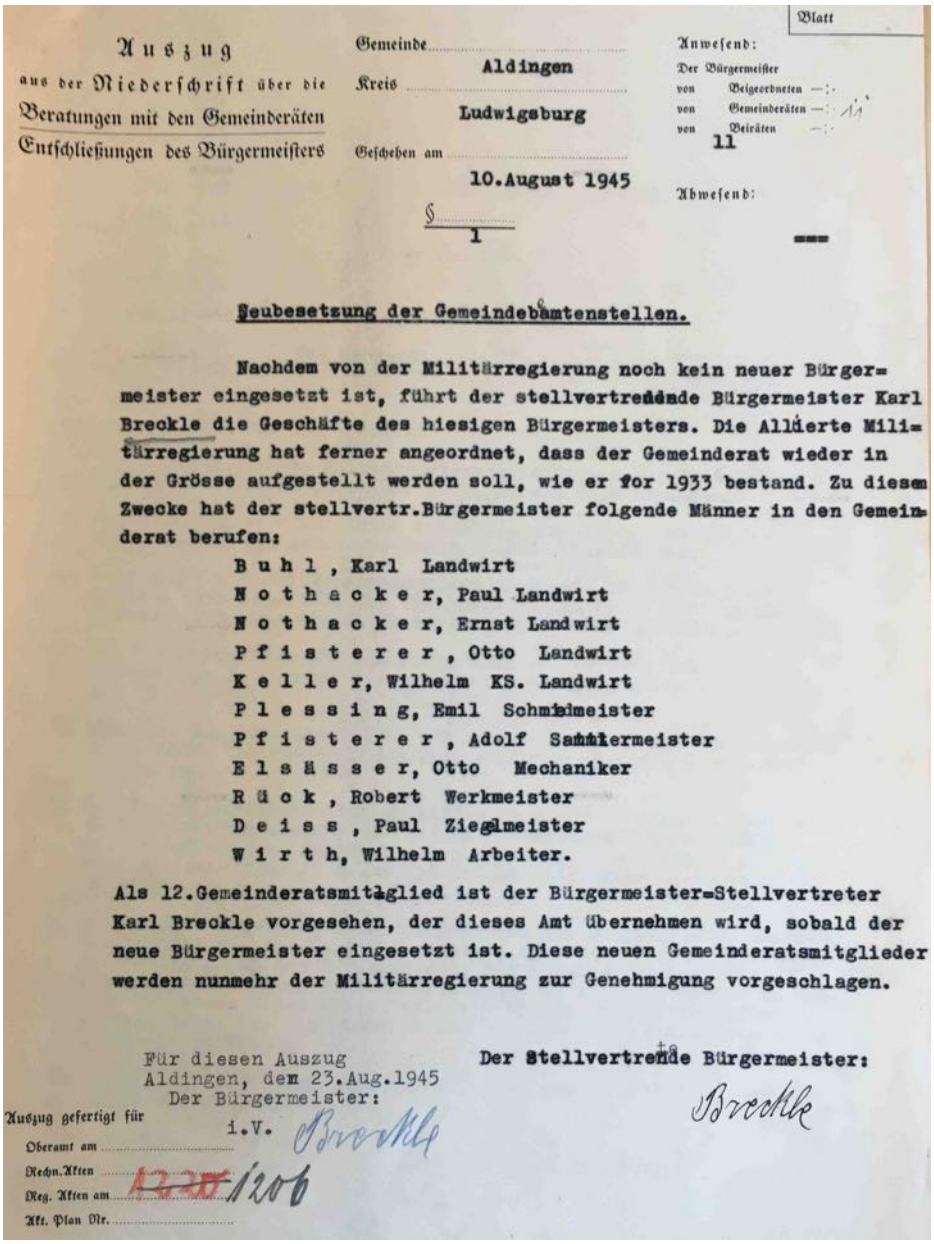
Die Recherchen wurden im Staatsarchiv Ludwigsburg, im Städtischen Archiv Ludwigsburg und im Stadtarchiv Remseck angestellt. Unser herzlicher Dank für Tipps und für Unterstützung gilt in diesem Zusammenhang Frau Anke Steck, der Leiterin der Fachgruppe Archiv, Registratur, Museen bei der Stadtverwaltung Remseck, dem Kreisarchivar Dr. Thomas Schulz und Frau Dr. Elke Koch vom Staatsarchiv Ludwigsburg.

Bei der Archivrecherche stellte sich heraus, dass für die früher selbständige Gemeinde Aldingen die umfangreichsten Unterlagen gefunden werden konnten, in den anderen vier Gemeinden waren die Funde recht lückenhaft. Deshalb werden auch zahlreiche Beispiele der ersten Jahre aus Aldingen stammen.

1. Die Zeit zwischen dem Kriegsende und der Kommunalwahl 1947

Auf Anordnung der Militärregierung **benannten 1945 die Bürgermeister die ersten Gemeinderäte**. Da der Aldinger Bürgermeister wegen Diskussionen um seine politische

Vergangenheit von der Militärregierung noch nicht wieder eingesetzt war, wurde die Bestellung der Gemeinderäte am 10. August 1945 durch den stellvertretenden Bürgermeister Karl Breckle übernommen. Er berief elf Männer - damals als Gemeindebeamte bezeichnet -, die zusammen mit ihm den zwölfköpfigen Gemeinderat bildeten. Mit dabei war der Schmiedemeister Emil Plessing, der Großvater von Rainer Plessing, unserem heutigen Stadtrat der Freien Wähler.
Im nachfolgenden Dokument sind die 1945 für Aldingen bestellten Gemeinderäte genannt.



Blatt

Auszug
aus der Niederschrift über die Beratungen mit den Gemeinderäten Entschließungen des Bürgermeisters

Gemeinde Aldingen
Kreis Ludwigsburg
Geschehen am 10.August 1945

§ 1

Anwesend:
Der Bürgermeister
von Beigeordneten —:-
von Gemeinderäten —:- 11
von Beiräten —:-

Abwesend:

Neubesetzung der Gemeindebeamtenstellen.

Nachdem von der Militärregierung noch kein neuer Bürgermeister eingesetzt ist, führt der stellvertretende Bürgermeister Karl Breckle die Geschäfte des hiesigen Bürgermeisters. Die Alliierte Militärregierung hat ferner angeordnet, dass der Gemeinderat wieder in der Grösse aufgestellt werden soll, wie er vor 1933 bestand. Zu diesem Zwecke hat der stellvertr.Bürgermeister folgende Männer in den Gemeinderat berufen:

Buhl, Karl Landwirt
Nothacker, Paul Landwirt
Nothacker, Ernst Landwirt
Pfisterer, Otto Landwirt
Keller, Wilhelm KS. Landwirt
Plessing, Emil Schmiedmeister
Pfisterer, Adolf Sattlermeister
Elsässer, Otto Mechaniker
Rück, Robert Werkmeister
Deiss, Paul Ziegelmeister
Wirth, Wilhelm Arbeiter.

Als 12.Gemeinderatsmitglied ist der Bürgermeister-Stellvertreter Karl Breckle vorgesehen, der dieses Amt übernehmen wird, sobald der neue Bürgermeister eingesetzt ist. Diese neuen Gemeinderatsmitglieder werden nunmehr der Militärregierung zur Genehmigung vorgeschlagen.

Für diesen Auszug
Aldingen, dem 23.Aug.1945
Der Bürgermeister:
i.V. Breckle

Der Stellvertretende Bürgermeister:
Breckle

Auszug gefertigt für
Oberamt am
Rechn.Akten
Reg. Akten am 1206
Akt. Plan Nr.

Aldinger Gemeinderatsprotokoll vom 10. August 1945

Der **Bürgermeister** wurde übrigens 1945 durch die Besatzungsmacht eingesetzt, im März 1946 dann durch den Gemeinderat und im Jahr 1948 erstmals nach dem Krieg durch die Bevölkerung gewählt.

Für den **27. Januar 1946** hatte die Militärregierung der amerikanischen Zone **Gemeinderatswahlen für einen Zeitraum von zwei Jahren angeordnet**.

Gemeindewahlen in Württemberg-Baden am 27. Januar 1946

Die Militärregierung hat die Durchführung von Gemeindewahlen angeordnet. Die Wahlen finden am 27. Januar 1946, und zwar nur in Gemeinden bis zu 20 000 Einwohnern statt. Die Durchführung erfolgt auf Grund der von den Ländern zu erlassenden Gemeindewahlordnungen und des neuen Gemeindewahlgesetzes, dessen Wortlaut wir nachstehend veröffentlichen:

1. Für die im Jahre 1946 in der amerikanischen Zone stattfindenden Gemeindewahlen gelten folgende Bestimmungen:

a) die einschlägigen Bestimmungen der Verordnungen der Militärregierung;

b) die von der Landesregierung erlassenen und von der amerikanischen Militärregierung bestätigten Gemeindeordnungen und Gemeindewahlordnungen.

c) die am 30. Januar 1933 gültigen Wahlordnungen der Länder, soweit sie sinngemäß anwendbar und nicht durch Verordnungen unter Titel a) und b) aufgehoben sind.

2. Alle Gemeinden der amerikanischen Zone mit Ausnahme der Stadtkreise und der Landgemeinden von mehr als 20 000 Einwohnern wählen im Jahre 1946 ihre Gemeinderäte; wo die Landesgesetze die Volkswahl des Bürgermeisters vorsehen, kann diese (wiederum Stadtkreise und Landgemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern ausgenommen) gleichfalls am 27. Januar 1946 stattfinden, wenn die Landesregierung dies anordnet.

3. Deutsche Staatsbürgerschaft ist eine Voraussetzung des Wahlrechts. Ausschließlich in bezug auf das Wahlrecht und ohne Vorwegnahme späterer Entscheidungen über das deutsche Staatsbürgerrecht von Personen und Gruppen gilt die Bedingung der deutschen Staatsbürgerschaft bei allen den Personen erfüllt, die derzeit deutsche Staatsbürger sind. In bezug auf das Wahlrecht gelten alle Personen als deutsche Staatsbürger, die das deutsche Staatsbürgerrecht zu irgend einem Zeitpunkt vor September 1939 besaßen und seitdem keine andere Staatsbürgerschaft erworben haben. Entgegenstehende Nazigesetze und Maßnahmen sind nichtig.

4. Das zur Wahl berechtigende Mindestalter beträgt in der gesamten amerikanischen Zone 21 Jahre. Männer und Frauen besitzen gleiches aktives und passives Wahlrecht.

5. Die zur Ausübung des Gemeindewahlrechts verlangte Dauer des Wohnsitzes darf ein Jahr nicht übersteigen.

6. Außer den üblichen Gründen des Verlustes des Wahlrechts (Unzurechnungsfähigkeit, schwere Vorstrafen usw.) sind die folgenden Personengruppen vom Wahlrecht ausgeschlossen:

a) alle Personen, deren Verhaftung durch Verordnung der Militärregierung vorgeschrieben ist. Ausgenommen sind Personen, deren Haft wieder aufgehoben wurde.

b) Personen, die zu irgendeiner Zeit Mitglieder oder Anwärter der NSDAP. waren, sowie alle Mitglieder der SS, unabhängig vom Zeitpunkt ihres Beitritts.

c) Amtsträger, Führer und Unterführer der SA mit Dienstgrad höher als Rottenführer, der HJ und des BDM mit Dienstgrad höher als Unterbannführer oder Ringführerin, des NS-Studentenbundes, der Frauenschaft, des NSKK und des NSFK, unabhängig vom Zeitpunkt ihres Eintritts.

d) Notorische Anhänger und Mitarbeiter der Nazis.

7. Befindet sich der Name einer zu den unter 6. aufgezählten Gruppen gehörigen Personen auf der öffentlichen Wählerliste, so kann jeder Wahlberechtigte in schriftlicher unterzeichneter Eingabe an das Gemeindewahlamt die Streichung des betreffenden Namens verlangen. Solche Eingaben werden durch den Gemeindewahlausschuß unter Vorsitz des Bürgermeisters oder seines Vertreters entschieden. Vor der Entscheidung ist der Betroffene von der Bestreitung seines Wahlrechts zu verständigen. Es ist ihm Gelegenheit zu geben, seinen Standpunkt vor dem Gemeindewahlausschuß zu vertreten. Der Gemeindewahlausschuß hat bei seiner Entscheidung alle einschlägigen Tatsachen heranzuziehen, die von den nach der Direktive vom 6. Oktober 1945 (Zusatzverordnung zum Gesetz Nr. 8 der Militärregierung) eingesetzten, quasi gerichtlichen Ueberprüfungsstellen freigestellt wurden.

8. Die Mandatsdauer der Gemeinderäte und der durch Volkswahl erwählten Bürgermeister darf zwei Jahre nicht überschreiten.

9. Kandidaten für den Gemeinderat und für das Bürgermeisteramt müssen das aktive Wahlrecht besitzen. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt durch Eingabe auf Grund der Landesgesetze. Die Militärregierungen der Stadt- und Landkreise werden Kandidaten ablehnen, die nicht vollständig frei von jedem Verdacht der Nazi-Ideologie sind.

10. Alle von der Militärregierung genehmigten politischen Parteien können Kandidaten aufstellen. Ueberdies kann sich jede Gruppe von Staatsbürgern zum Zwecke der Wahl zusammenschließen und eine Kandidatenliste einreichen, wenn die betreffende Gruppe den für die politischen Parteien festgelegten Bedingungen entspricht.

11. Die Amtsdauer ernannter Bürgermeister, Beigeordneter und anderer hauptberuflicher leitender Gemeindeverwaltungsbeamten unterliegt der Abänderung durch die später zu wählenden gesetzgebenden Landeskörperschaften, die die Bedingungen der Amtsführung der Genannten festlegen werden.

12. Gewisse Bestimmungen betreffend die Staatsaufsicht über die gemeindliche Selbstverwaltung, die mit der Direktive der Militärregierung über Gemeindeordnungen nicht übereinstimmen, sind aufgehoben worden. Die endgültige Entscheidung über den Umfang der Staatsaufsicht kann erst durch die von den künftigen gesetzgebenden Landeskörperschaften zu beschließenden Landesverfassungen erfolgen."

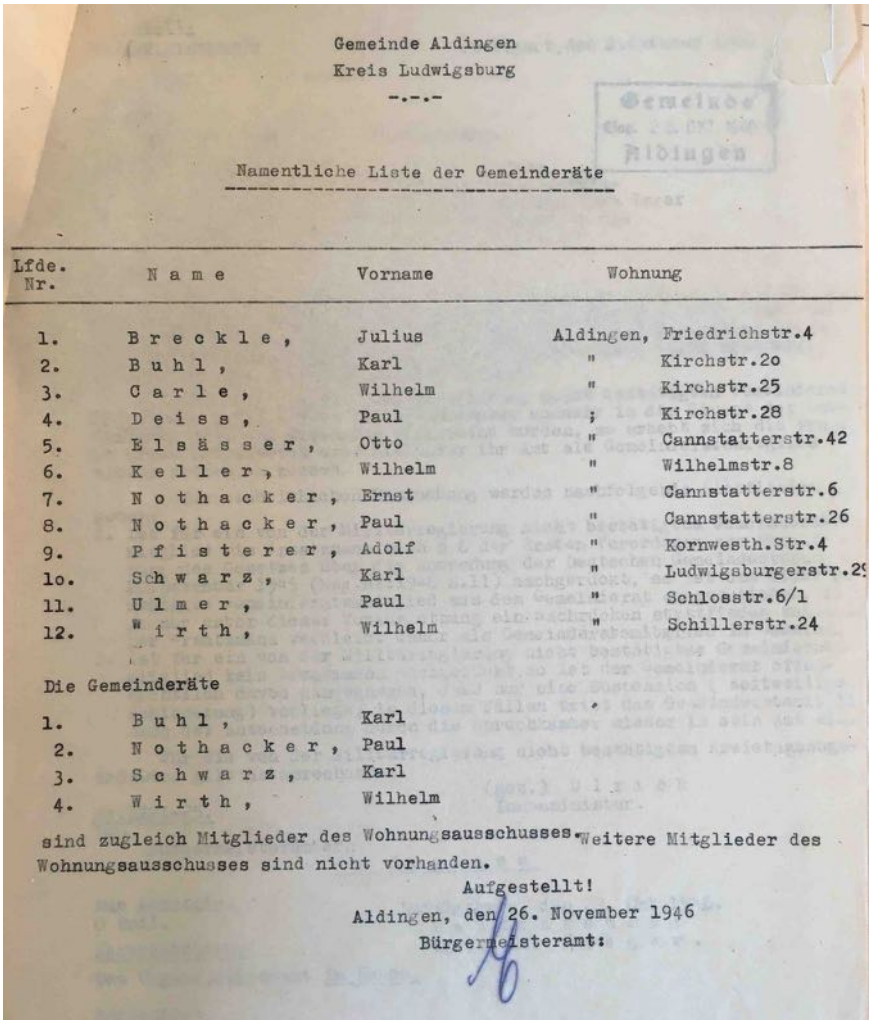
Ausschreibung der Gemeindewahl 27.01.46
im Amtsblatt für Stadt und Kreis Ludwigsburg

In Aldingen wurden für diese Wahl von drei Parteien Listen aufgestellt (Liberaldemokraten, Sozialdemokraten und Kommunistische Partei), aus den vier anderen Remsecker Vorgängergemeinden sind keine Parteilisten überliefert. **Die Wahlbeteiligung betrug bei dieser Wahl in Aldingen 89,8 Prozent, in Neckarrems 96,0 und in Hochberg gar 98,0 Prozent;** Zahlen, die heute auch nicht annähernd erreicht werden. In Aldingen wurden bei dieser Wahl acht der zwölf im Jahr zuvor berufenen Gemeinderäte wieder gewählt. Vier Personen kamen neu hinzu, eine Frau war allerdings noch nicht dabei.

Bei dieser Übergangswahl im Januar 1946 durften sich nur Parteien bewerben, die von der Militärregierung genehmigt waren. Von der Möglichkeit, daneben auch Kandidatenlisten einzureichen, auf denen sich sonstige Staatsbürger entsprechend den für die Parteien festgelegten Bedingungen zusammenschließen, wurde offenbar kein Gebrauch gemacht.

Das „Amtsblatt für Stadt und Kreis Ludwigsburg“, das damals als Ersatz für die noch nicht wieder erscheinenden Tageszeitungen diente, hat in seiner Ausgabe vom 30.01.1946 die Wahlergebnisse für die Kreisgemeinden veröffentlicht. Der 12-köpfige Aldinger Gemeinderat setzte sich nach dieser Veröffentlichung aus sechs Liberaldemokraten, vier Sozialdemokraten und zwei Kommunisten zusammen.

Ein Dokument aus dem Remsecker Stadtarchiv zeigt eine Auflistung der Gemeinderäte von Aldingen mit Stand vom 26. November 1946.



Gemeinde Aldingen
Kreis Ludwigsburg
-.-.-

Namentliche Liste der Gemeinderäte

Lfde. Nr.	Name	Vorname	Wohnung
1.	Breckle,	Julius	Aldingen, Friedrichstr.4
2.	Buhl,	Karl	" Kirchstr.2o
3.	Carle,	Wilhelm	" Kirchstr.25
4.	Deiss,	Paul	; Kirchstr.28
5.	Elsässer,	Otto	" Cannstatterstr.42
6.	Keller,	Wilhelm	" Wilhelmstr.8
7.	Nothacker,	Ernst	" Cannstatterstr.6
8.	Nothacker,	Paul	" Cannstatterstr.26
9.	Pfisterer,	Adolf	" Kornwesth.Str.4
1o.	Schwarz,	Karl	" Ludwigsburgerstr.29
11.	Ulmer,	Paul	" Schlosstr.6/1
12.	Wirth,	Wilhelm	" Schillerstr.24

Die Gemeinderäte

1.	Buhl,	Karl
2.	Nothacker,	Paul
3.	Schwarz,	Karl
4.	Wirth,	Wilhelm

sind zugleich Mitglieder des Wohnungsausschusses. Weitere Mitglieder des Wohnungsausschusses sind nicht vorhanden.

Aufgestellt!
Aldingen, den 26. November 1946
Bürgermeisteramt:

2. Die Anfänge des Kreistages nach dem Zweiten Weltkrieg

An dieser Stelle soll **ein Blick in Richtung Kreistag des Landkreises Ludwigsburg** geworfen werden. Vor 1946 wurden die Mitglieder des Kreistags von den Gemeinderäten der Kreiskommunen gewählt, 1946 waren erstmals die Bürgerinnen und Bürger zur Wahl von Kreisrätinnen und Kreisräten aufgerufen.

Eine „Freie parteilose Wählervereinigung“ trat 1946 mit einer Liste an, konnte aber nur zwei der 48 Kreistagsabgeordneten, wie sie damals genannt wurden, stellen. Am 07.12.1947 stellte sich **außer der Freien Wählervereinigung auch eine Unabhängige Wählervereinigung** zur Wahl.
Die heutigen Remsecker Stadtteile zählten damals als selbständige Gemeinden zum Wahlkreis A mit dem so genannten Wahlvorort Asperg. Ein einziger der 48 Kreistagsabgeordneten kam aus einer Remsecker Gemeinde, nämlich Wilhelm Rath, der für die DVP kandidiert hatte.

Das Ergebnis der Kreistagswahl für den Altkreis Ludwigsburg vom 07.12.1947:

CDU	9 Sitze
DVP	13 Sitze
SPD	15 Sitze
KPD	3 Sitze
Freie Wählervereinigung	3 Sitze
Unabhängige Wählervereinigung	5 Sitze

An dieser Stelle mag die **Sitzverteilung im 105-köpfigen Kreistag** des heutigen – größeren – Landkreises Ludwigsburg nach der Kommunalwahl 2019 interessieren:

Freie Wähler	27 Sitze
CDU	26 Sitze
Grüne	21 Sitze
SPD	16 Sitze
FDP	8 Sitze
Die Linke	4 Sitze
AfD	3 Sitze

3. Die erste Gemeinderatswahl nach der Verfassung des Landes Württemberg-Baden

Wie eingangs erwähnt, fanden am 07. Dezember 1947 im damaligen Land Württemberg-Baden die ersten Gemeinderatswahlen auf der Grundlage des Gesetzes Nr. 328 über die Neuwahl der Gemeinderäte und Bürgermeister, Kreistage und Landräte vom 23.10.1947 statt.

Für diese erste verfassungskonforme Wahl nach dem Krieg **kandidierten in Aldingen vier Listen**: die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Freie Wählervereinigung Aldingen, die Wählervereinigung „Aufbau“ Aldingen und die Kommunistische Partei

Aldingen. Die Liberaldemokraten, die bei der Übergangswahl 1946 die Hälfte der Aldinger Gemeinderatssitze erhalten hatten, tauchten bei der Wahl im Dezember 1947 nicht mehr auf. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich ohne Bindung an eine Partei in der Kommunalpolitik engagieren wollten, hatten offenbar die Zeit genutzt und sich zur Freien Wählervereinigung formiert.

Die nachfolgend im Stimmzettel wiedergegebene **Kandidatenliste der Freien Wähler** liest sich dabei wie das „Who is Who“ der Landwirte und Handwerker in Aldingen. Brekle, Pfisterer, Nothacker, Buhl, Raith, Walker und Sonderecker sind Namen, die auch heute noch in Aldingen verbreitet sind. Beim Wahlvorschlag „Aufbau“ finden sich Heimatvertriebene, bei den beiden Parteilisten mit wenigen Ausnahmen Arbeiter. Eine Frau findet sich in keinem der Wahlvorschläge. Beim nachfolgend abgebildeten Stimmzettel handelt es sich um ein Exemplar, das verändert und deshalb zur Prüfung dem Landratsamt vorgelegt worden war. Deshalb ist es bis heute in den Akten erhalten geblieben. Der Wähler oder die Wählerin, von dem dieser Stimmzettel stammt, wollte offensichtlich nur Kandidaten der Kommunistischen Partei wählen und hat deshalb alle anderen Wahlvorschläge durchgestrichen.

Gemeinde Aldingen
Kreis Ludwigsburg

(Dienstsiegel)

Gemeinderatswahl am 7. Dezember 1947

von 8 Uhr bis 18 Uhr in der Kelterschule

WAHLVORSCHLAG I

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1. Elsäßer, Otto, Mechaniker — 2 Stimmen
2. Ulmer, Paul, Install.-Meister — 2 Stimmen
3. Deiß, Paul, Werkmeister — 2 Stimmen
4. Schwarz, Karl, Obermeister — 2 Stimmen
5. Theurer, Fritz, Postfacharbeiter — 2 Stimmen
   Eckgartenstraße 1
6. Wagner, Karl, Mechaniker — 2 Stimmen

WAHLVORSCHLAG II

Freie Wählervereinigung Aldingen

1. Brekle, Julius, Landwirt ..... Stimmen
2. Pfisterer, Adolf, Sattlermeister ..... Stimmen
3. Nothacker, Paul, Landwirt ..... Stimmen
4. Keller, Wilhelm K.S., Landwirt ..... Stimmen
   Wilhelmstraße 8
5. Buhl, Karl K.S., Landwirt ..... Stimmen
   Kirchstraße 21
6. Raith, Richard jr., Maurermstr. ..... Stimmen
   Neckarstraße 33
7. Walker, Eugen, Landwirt ..... Stimmen
8. Sonderecker, Hermann, Landw. ..... Stimmen
9. Nothacker, Friedrich, Landwirt ..... Stimmen
10. Lang, Wilhelm, Metzgermeister ..... Stimmen
11. Nothacker, Ernst K.S., Landwirt ..... Stimmen
    Cannstatter Straße 6

WAHLVORSCHLAG III

Wählervereinigung „Aufbau“ Aldingen

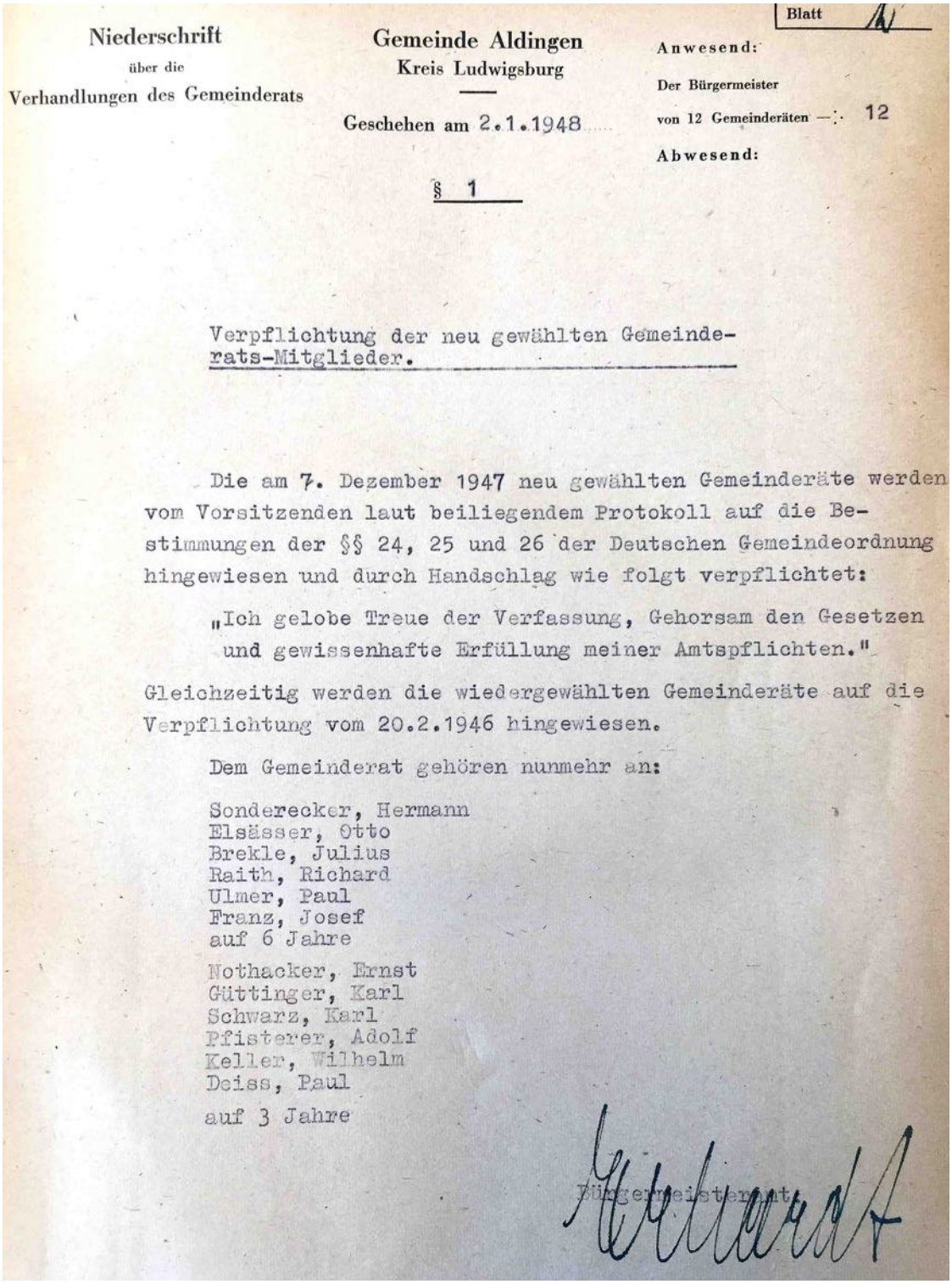
1. Franz, Josef, Student — 3 Stimmen
2. Kucsera, Friedrich, Monteur — 3 Stimmen
3. Jaschke, Richard, Kaufmann — 3 Stimmen
4. Hartmann, Heinz, Verwaltungsangest. — 3 Stimmen

WAHLVORSCHLAG IV

Kommunistische Partei Aldingen

1. Güttinger, Karl, Rentner — 3 Stimmen 3
2. ~~Wirth, Wilhelm, Arbeiter — 3 Stimmen~~
3. Carle, Wilhelm, Hafner — 2 Stimmen 3
4. Lindner, Fridolin, Arbeiter — 2 Stimmen 3
5. Wörner, Walter, Maschinist — 2 Stimmen 3

Am 02.01.1948 verpflichtete Bürgermeister Albert Erhardt **die neu gewählten Gemeinderatsmitglieder**, die eine Hälfte für sechs, die andere Hälfte für drei Jahre, abhängig von der erreichten Stimmenzahl. Bis 1975 wurden danach im Zyklus von drei Jahren jeweils nur die Hälfte der Gemeinderatsmandate neu besetzt, die Amtszeit der Gewählten betrug sechs Jahre. Mit dieser Regelung wurde sichergestellt, dass neben dem Bürgermeister die Hälfte des Rats für Kontinuität sorgen konnte.



Niederschrift
über die
Verhandlungen des Gemeinderats

Gemeinde Aldingen
Kreis Ludwigsburg

Geschehen am 2.1.1948

Blatt 11

Anwesend:
Der Bürgermeister
von 12 Gemeinderäten —: 12
Abwesend:

§ 1

Verpflichtung der neu gewählten Gemeinderats-Mitglieder.

Die am 7. Dezember 1947 neu gewählten Gemeinderäte werden vom Vorsitzenden laut beiliegendem Protokoll auf die Bestimmungen der §§ 24, 25 und 26 der Deutschen Gemeindeordnung hingewiesen und durch Handschlag wie folgt verpflichtet:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten."

Gleichzeitig werden die wiedergewählten Gemeinderäte auf die Verpflichtung vom 20.2.1946 hingewiesen.

Dem Gemeinderat gehören nunmehr an:

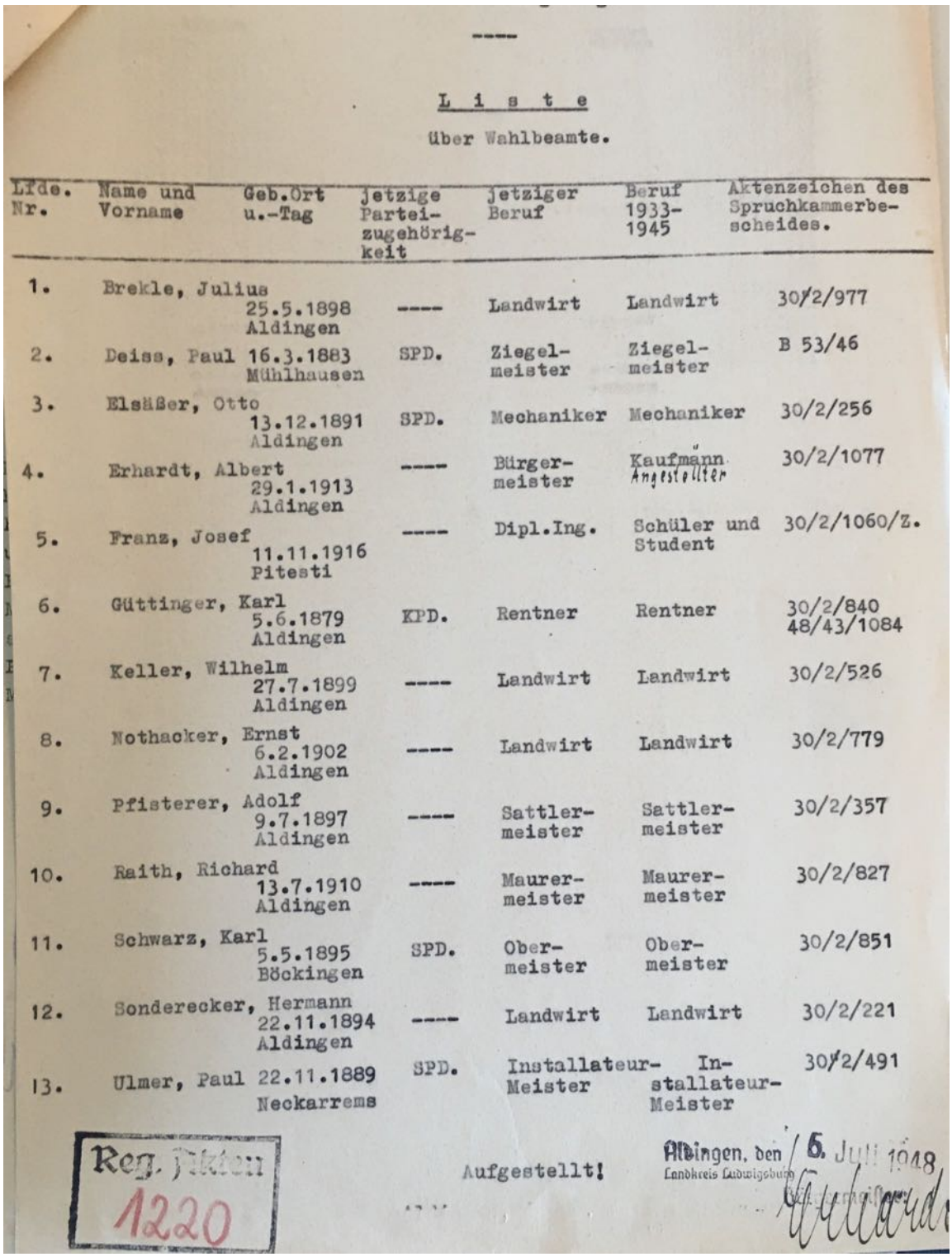
Sonderecker, Hermann
Elsässer, Otto
Brekle, Julius
Raith, Richard
Ulmer, Paul
Franz, Josef
auf 6 Jahre

Nothacker, Ernst
Güttinger, Karl
Schwarz, Karl
Pfisterer, Adolf
Keller, Wilhelm
Deiss, Paul
auf 3 Jahre

Bürgermeisteramt

Erhardt

Verpflichtung der am 07.12.47 gewählten Gemeinderäte



L i s t e

über Wahlbeamte.

Lfde. Nr.	Name und Vorname	Geb.Ort u.-Tag	jetzige Partei-zugehörig-keit	jetziger Beruf	Beruf 1933-1945	Aktenzeichen des Spruchkammerbe-scheides.
1.	Brekle, Julius	25.5.1898 Aldingen	----	Landwirt	Landwirt	30/2/977
2.	Deiss, Paul	16.3.1883 Mühlhausen	SPD.	Ziegel-meister	Ziegel-meister	B 53/46
3.	Elsäßer, Otto	13.12.1891 Aldingen	SPD.	Mechaniker	Mechaniker	30/2/256
4.	Erhardt, Albert	29.1.1913 Aldingen	----	Bürger-meister	Kaufmann Angestellter	30/2/1077
5.	Franz, Josef	11.11.1916 Pitesti	----	Dipl.Ing.	Schüler und Student	30/2/1060/Z.
6.	Güttinger, Karl	5.6.1879 Aldingen	KPD.	Rentner	Rentner	30/2/840 48/43/1084
7.	Keller, Wilhelm	27.7.1899 Aldingen	----	Landwirt	Landwirt	30/2/526
8.	Nothacker, Ernst	6.2.1902 Aldingen	----	Landwirt	Landwirt	30/2/779
9.	Pfisterer, Adolf	9.7.1897 Aldingen	----	Sattler-meister	Sattler-meister	30/2/357
10.	Raith, Richard	13.7.1910 Aldingen	----	Maurer-meister	Maurer-meister	30/2/827
11.	Schwarz, Karl	5.5.1895 Böckingen	SPD.	Ober-meister	Ober-meister	30/2/851
12.	Sonderecker, Hermann	22.11.1894 Aldingen	----	Landwirt	Landwirt	30/2/221
13.	Ulmer, Paul	22.11.1889 Neckarrems	SPD.	Installateur-Meister	Installateur-Meister	30/2/491

Reg. Akten 1220

Aufgestellt!

Aldingen, den 6. Juli 1948
Landkreis Ludwigsburg

In dieser Liste über Wahlbeamte in der Gemeinde Aldingen vom 06.07.48 ist auch die Parteizugehörigkeit verzeichnet

Die frühere Gemeinde **Aldingen wurde hier als Beispiel** genutzt, da von dort die umfangreichste Dokumentation zur Verfügung stand. Außer in Aldingen fand am 07.12.1947 auch in Neckarrems eine **Verhältniswahl** mit zwei Wahlvorschlägen statt; die Bezeichnung der beiden Wahlvorschläge konnte allerdings nicht recherchiert werden.

In Hochberg, Hochdorf und Neckargröningen wurde die Gemeinderatswahl als **Mehrheitswahl** durchgeführt. Es gab also keine Listen von Parteien und Wählervereinigungen (Wahlvorschläge), die im Verhältnis ihrer Stimmensummen Sitze zugeteilt bekamen. Vielmehr waren diejenigen Kandidaten gewählt, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Neckarrems hatte wie Aldingen zwölf Sitze im Gemeinderat, die drei übrigen Gemeinden jeweils acht Sitze.

In den Akten findet sich ein Dokument vom 08.07.1948, mit dem Bürgermeister Karl Sprenger dem Landratsamt Ludwigsburg **die in Hochdorf gewählten Gemeinderäte** mitteilt.

Gemeinde Hochdorf
Kreis Ludwigsburg
Post Waiblingen

den 8.Juli 1948

An das
Landratsamt
L u d w i g s b u r g.

Beil: 0
Betr: Liste über Wahlbeamte
Bezg: Erlass des Landratamtes Nr.122o vom 2.Juli 1948

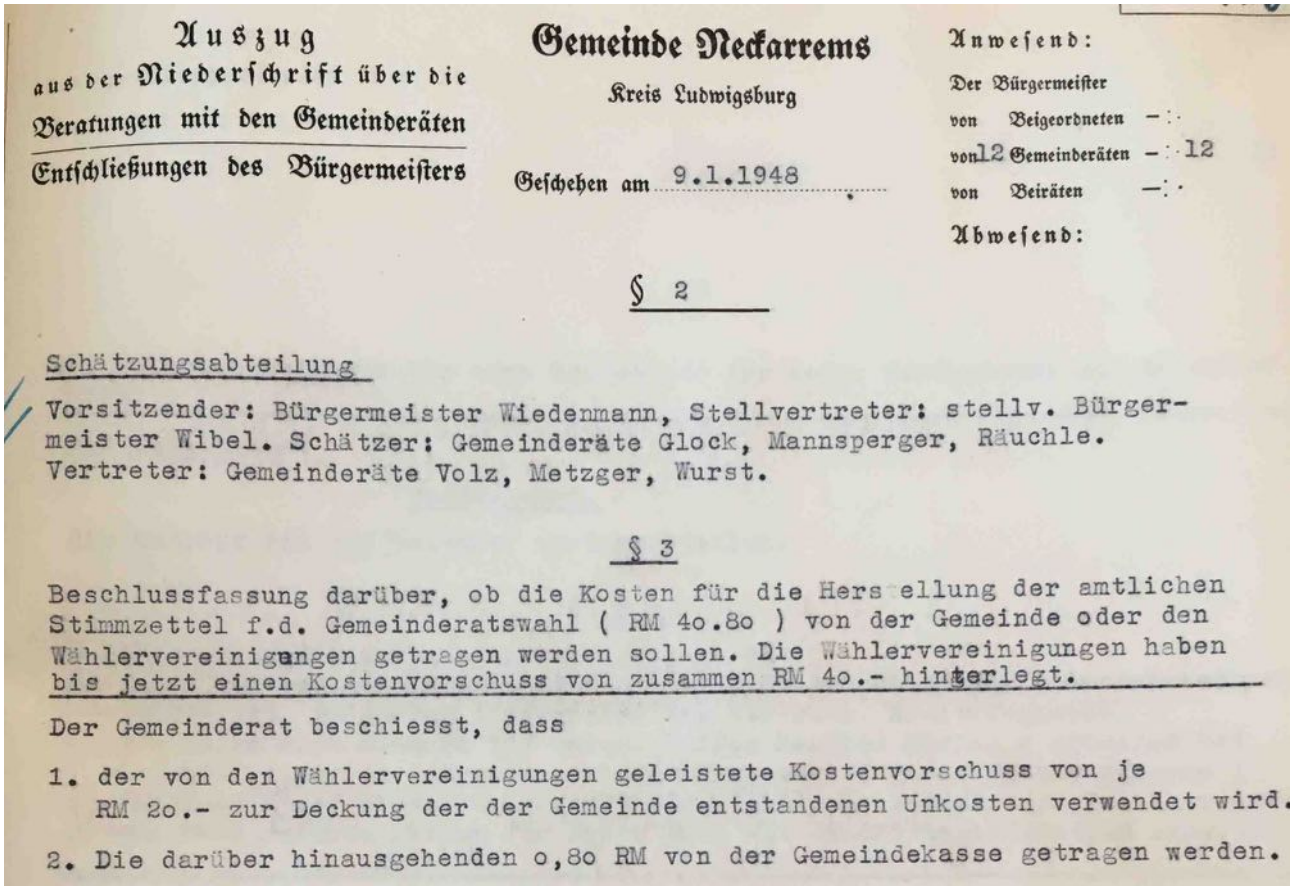
1) S p r e n g e r, Karl Bürgermeister
Vaihingen/Enz am 1o.Dezember 1919 keine Parteiz

Gemeinderäte:

2) M a y e r, Friedrich	geb.	Hochdorf	22.Nov.1888
3) K i e n z l e, Karl	geb.	"	11.Juni 1893
4) Ehrhardt, Karl	geb.	"	4.Nov.1896
5) H ü b n e r, Wilh.	geb.	"	15.Dez.19oo
6) Schwaderer, Gotthilf	geb.	"	2.Sept.19o2
7) L ä p p l e, Hermann	geb.	"	16.Juni19o5
8) Mozer, Hermann	geb.	"	23.Juni 19o4
9) S c h m a c k, Eugen	geb.	Oßweil	6.Juli 19o9

Sämtliche 8 Gemeinderäte gehören keiner Partei an.

Ein heute nur noch schwer nachvollziehbarer Beschluss findet sich in § 3 des **Gemeinderatsprotokolls von Neckarrems vom 09.01.1948**. Dort wird die Frage behandelt, wer denn für Kosten der Stimmzettel aufzukommen habe – die Gemeinde oder die kandidierenden Wählervereinigungen. Ergebnis: Die beiden Wählervereinigungen mussten je 20 RM berappen, an der Gemeindekasse blieben gerade noch 0,80 RM hängen!



Auszug
aus der Niederschrift über die
Beratungen mit den Gemeinderäten
Entschließungen des Bürgermeisters

Gemeinde Neckarrems
Kreis Ludwigsburg

Geschehen am 9.1.1948

Anwesend:
Der Bürgermeister
von Beigeordneten –
von 12 Gemeinderäten – 12
von Beiräten –
Abwesend:

§ 2

Schätzungsabteilung

Vorsitzender: Bürgermeister Wiedenmann, Stellvertreter: stellv. Bürgermeister Wibel. Schätzer: Gemeinderäte Glock, Mannsperger, Räuchle. Vertreter: Gemeinderäte Volz, Metzger, Wurst.

§ 3

Beschlussfassung darüber, ob die Kosten für die Herstellung der amtlichen Stimmzettel f.d. Gemeinderatswahl (RM 4o.8o) von der Gemeinde oder den Wählervereinigungen getragen werden sollen. Die Wählervereinigungen haben bis jetzt einen Kostenvorschuss von zusammen RM 4o.- hinterlegt.

Der Gemeinderat beschiesst, dass

1. der von den Wählervereinigungen geleistete Kostenvorschuss von je RM 2o.- zur Deckung der der Gemeinde entstandenen Unkosten verwendet wird.
2. Die darüber hinausgehenden o,8o RM von der Gemeindekasse getragen werden.

4. Von Wählervereinigungen und Parteien im Landkreis

Im Staatsarchiv Ludwigsburg findet sich ein Dokument, in dem das Landratsamt nach der Gemeinderatswahl am 28.01.1951 alle im damaligen Altkreis zugelassenen Wahlvorschläge auflistet. Neben zahlreichen Einzelbewerbern hatten damals 17 verschiedene Gruppierungen kandidiert. Nur zwei davon deuten eine Nähe zu Parteien an - „SPD und Gewerkschaften“ sowie „DVP-CDU-FWV“.

Neben der Freien Wählervereinigung, die mit 52 Sitzen in 16 Gemeinden die meisten Mandate erzielte, sei **eine kleine Auswahl der Bezeichnungen für die Wahlvorschläge** genannt:

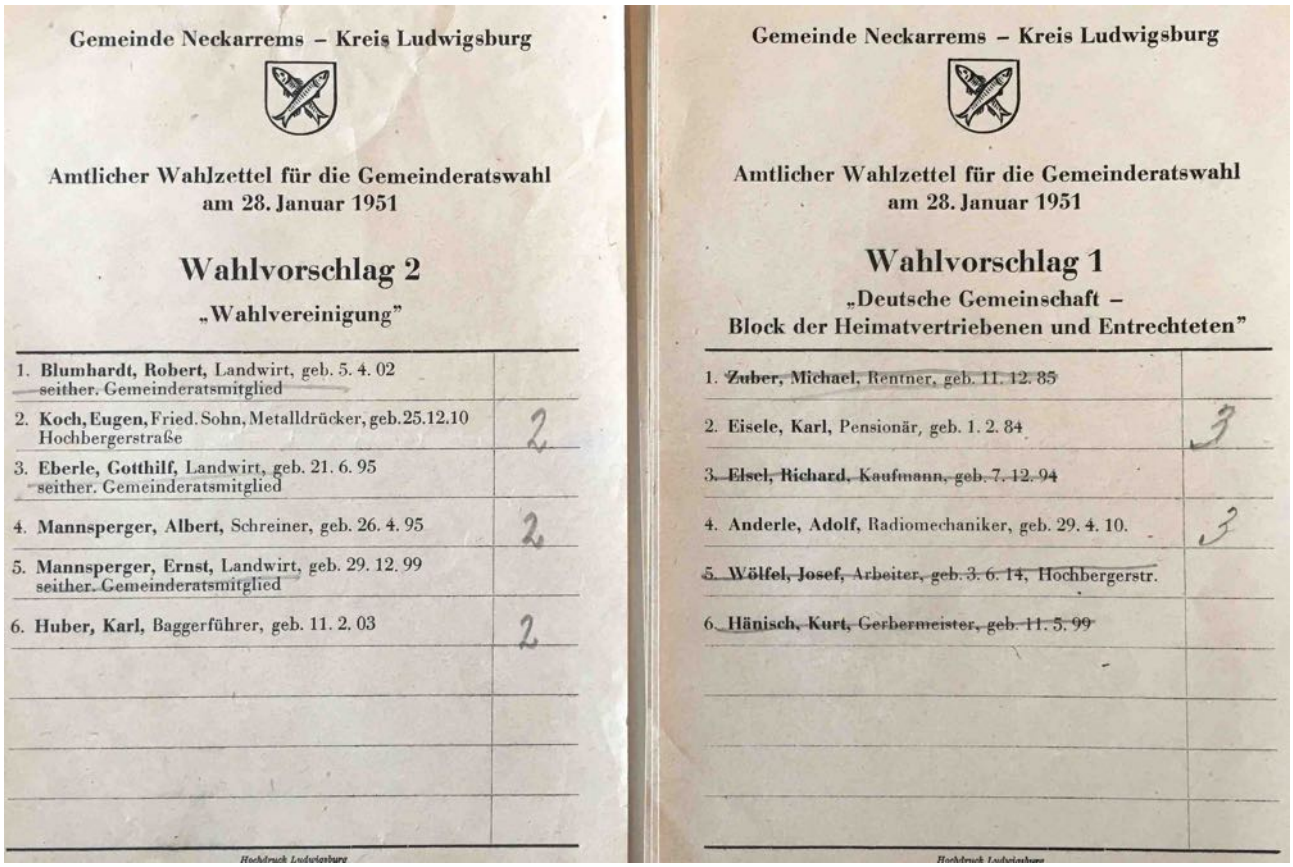
- Bürgerlicher Wahlvorschlag,
- Unabhängige Gemeinschaft,
- Landwirte und Gewerbetreibende,
- Werktätige,
- Parteilose Unparteiische,

- Recht und Gemeinschaft,
- Arbeiter-Heimatvertriebene-Kriegsbeschädigte-Hinterbliebene.

Erst im Laufe der folgenden Wahlen hat sich diese unübersichtliche Situation zur heute üblichen Zusammensetzung der Wahlvorschläge entwickelt.

5. Blick auf die Wahlvorschläge in Remsecks Altgemeinden

Nicht ganz so breit gestreut wie im Kreisgebiet waren die Wahlvorschläge in den Remsecker Altgemeinden. In Neckarrems beispielsweise warben 1953 drei Wahlvorschläge um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Das waren der Wahlvorschlag „Ulmer, Friedrich“, benannt nach dem Müllergehilfen Friedrich Ulmer, der Wahlvorschlag „Landwirte und Gewerbetreibende“ sowie die „Wahlgemeinschaft der Vertriebenen und Geschädigten“. Letztere hatte offenbar die 1951 kandidierende Liste „Deutsche Gemeinschaft – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ abgelöst.



Gemeinde Neckarrems – Kreis Ludwigsburg

Amtlicher Wahlzettel für die Gemeinderatswahl am 28. Januar 1951

Wahlvorschlag 2

„Wahlvereinigung"

1. **Blumhardt, Robert,** Landwirt, geb. 5. 4. 02 seither. Gemeinderatsmitglied	
2. **Koch, Eugen,** Fried. Sohn, Metalldrücker, geb. 25.12.10 Hochbergerstraße	2
3. **Eberle, Gotthilf,** Landwirt, geb. 21. 6. 95 seither. Gemeinderatsmitglied	
4. **Mannsperger, Albert,** Schreiner, geb. 26. 4. 95	2
5. **Mannsperger, Ernst,** Landwirt, geb. 29. 12. 99 seither. Gemeinderatsmitglied	
6. **Huber, Karl,** Baggerführer, geb. 11. 2. 03	2

Gemeinde Neckarrems – Kreis Ludwigsburg

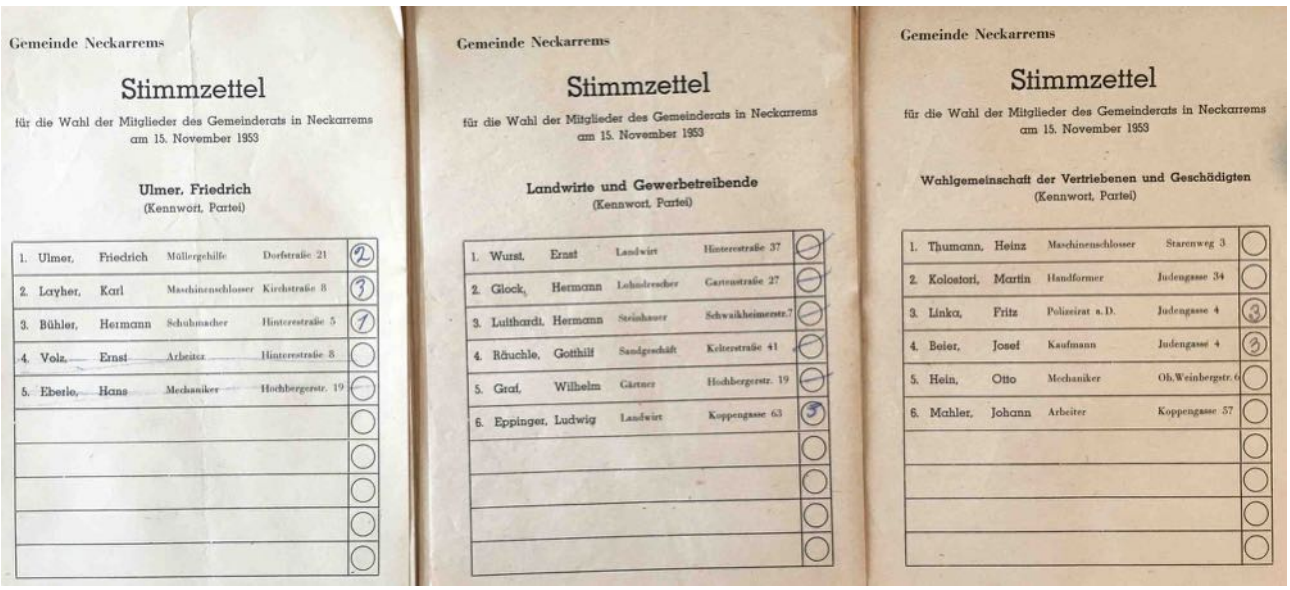
Amtlicher Wahlzettel für die Gemeinderatswahl am 28. Januar 1951

Wahlvorschlag 1

„Deutsche Gemeinschaft – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten"

1. ~~**Zuber, Michael,** Rentner, geb. 11. 12. 85~~	
2. **Eisele, Karl,** Pensionär, geb. 1. 2. 84	3
3. ~~**Elsel, Richard,** Kaufmann, geb. 7. 12. 94~~	
4. **Anderle, Adolf,** Radiomechaniker, geb. 29. 4. 10.	3
5. ~~**Wölfel, Josef,** Arbeiter, geb. 3. 6. 14,~~ Hochbergerstr.	
6. ~~**Hänisch, Kurt,** Gerbermeister, geb. 11. 5. 99~~	

Stimmzettel von 1951 für Neckarrems



Gemeinde Neckarrems

Stimmzettel

für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderats in Neckarrems am 15. November 1953

Ulmer, Friedrich
(Kennwort, Partei)

1.	Ulmer,	Friedrich	Müllergehilfe	Dorfstraße 21
2.	Layher,	Karl	Maschinenschlosser	Kirchstraße 8
3.	Bühler,	Hermann	Schuhmacher	Hinterestraße 5
4.	Volz,	Ernst	Arbeiter	Hinterestraße 8
5.	Eberle,	Hans	Mechaniker	Hochbergerstr. 19

Gemeinde Neckarrems

Stimmzettel

für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderats in Neckarrems am 15. November 1953

Landwirte und Gewerbetreibende
(Kennwort, Partei)

1.	Wurst,	Ernst	Landwirt	Hinterestraße 37
2.	Glock,	Hermann	Lohndrescher	Gartenstraße 27
3.	Lutthardt,	Hermann	Steinhauer	Schwaikheimerstr. 7
4.	Räuchle,	Gotthilf	Sandgeschäft	Kelterstraße 41
5.	Graf,	Wilhelm	Gärtner	Hochbergerstr. 19
6.	Eppinger,	Ludwig	Landwirt	Koppengasse 63

Gemeinde Neckarrems

Stimmzettel

für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderats in Neckarrems am 15. November 1953

Wahlgemeinschaft der Vertriebenen und Geschädigten
(Kennwort, Partei)

1.	Thumann,	Heinz	Maschinenschlosser	Starenweg 3
2.	Kolostori,	Martin	Handformer	Judengasse 34
3.	Linka,	Fritz	Polizeirat a. D.	Judengasse 4
4.	Beier,	Josef	Kaufmann	Judengasse 4
5.	Hein,	Otto	Mechaniker	Ob. Weinbergstr. 6
6.	Mahler,	Johann	Arbeiter	Koppengasse 37

Stimmzettel von 1953 für Neckarrems

Freie Wähler in den Remsecker Altgemeinden
In Aldingen hatten die Freien Wähler 1947 und 1951 sechs von zwölf Sitzen im Gemeinderat erhalten. In Hochberg ist erstmals 1951 ein Sitz im achtköpfigen Rat mit einem Freien Wähler besetzt, bei der Wahl 1953 gingen dann alle vier zu wählenden Mandate (es wurde ja nur die Hälfte des Gremiums gewählt) an die Wählervereinigung. Bei der Kommunalwahl 1956 werden außer in Hochberg und Hochdorf in allen Orten Freie Wählervereinigungen genannt. In Hochdorf tauchte erstmals 1959 eine Bürgerliche Wählervereinigung auf, davor gab es offenbar reine Mehrheitswahlen von Einzelpersonen.

In Neckargröningen kamen 1953 sechs von neun Räten von der Freien Wählervereinigung, in Neckarrems sind für 1953 die drei oben erwähnten Wahlvorschläge dokumentiert, 1956 kommen dann auch in Neckarrems zwei von fünf Gewählten von der Freien Wählervereinigung.

Wann kamen die Parteien auf die Stimmzettel?
Die KPD ist nur 1947 auf dem Aldinger Stimmzettel aufgetaucht. Die SPD stand seit 1947 in Aldingen regelmäßig zur Wahl, in Neckargröningen ab 1953, in Hochberg ab 1962, in Hochdorf und Neckarrems ab 1965. Im Jahr 1968 kam die CDU mit Listen in Aldingen und Hochberg dazu, in Neckargröningen ab 1971. FDP-Gemeinderäte wurden erstmals im Herbst 1975 in den Rat der neuen, zusammengeschlossenen Gemeinde gewählt und die Grünen schließlich gewannen bei der Wahl 1994 erstmals einen Sitz im Gemeinderat.

6. Der Übergangsgemeinderat 1975

Zum 01.01.1975 wurde im Rahmen der baden-württembergischen Kommunalreform aus den früheren Gemeinden Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargröningen und Neckarrems die neue Gemeinde gebildet, die zunächst den Namen **„Aldingen am Neckar“** trug, bevor sie dann zum 01.07.1977 den heutigen Namen **„Remseck am Neckar“** erhielt.

Die Irrungen und Wirrungen der Gemeindereform sollen hier nicht behandelt werden, gerne wird aber auf weiterführende Literatur hierzu verwiesen. Dies ist insbesondere Band 3 der Heimatkundlichen Schriftenreihe der Gemeinde Remseck am Neckar mit dem Titel „10 Jahre Remseck am Neckar“. Auch der Vortrag des früheren Archivars der Gemeinde, Eduard Theiner beim Neujahrsempfang der Stadt am 10.01.2010 ist dazu eine hervorragende Quelle; der Vortrag wurde von der Stadt in Schriftform veröffentlicht.

Aber zurück zum Gemeinderat. Regulär hätte nach der Wahl im Jahr 1971 im Jahr 1974 wieder die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder neu gewählt werden müssen. Um Konflikte mit der Gemeindereform zu vermeiden, hatte jedoch der Landtag mit einem Vorschaltgesetz zur Gemeindereform **die Amtszeiten der Gemeinderäte verlängert**. So kam es, dass mit Wirkung vom 01.01.1975 auch in Remseck am Neckar ein so genannter **Übergangsgemeinderat** wirkte und eine Neuwahl erst für April 1975 angesetzt wurde. Der Übergangsgemeinderat wurde aus allen Mitgliedern der Gemeinderäte der früheren Gemeinden gebildet. Er **umfasste insgesamt 53 Frauen und Männer sowie Peter Kuhn**, der 1975 zum Bürgermeister der neuen Gemeinde gewählt worden war. Die Liste der 53 Gemeinderatsmitglieder findet sich im oben erwähnten Band 3 der Schriftenreihe. Von den 53 Gemeinderatsmitgliedern waren ausweislich eines Berichtes der LKZ übrigens 27 „Freie“.

Gemeinderat

1.1.1975 – 17.10.1975
(Übergangsgemeinderat)

Mitglieder insgesamt		53
davon aus den Ortsteilen		
	Aldingen	12
	Hochberg	10
	Hochdorf	9
	Neckargröningen	10
	Neckarrems	12
Aldingen	Emil Breyer, Albert Buhl, Walter Deiss, Willi Escher, Erwin Elsäßer, Friedrich Kühner, Alfred Keller, Albert Ohlhausen, Ernst Seidel, Erwin Ulmer, Margarete Whittome	
Hochberg	Friedrich Bengel, Maria Bohle, Walter Breyer, Eugen Fetzer, Bernd Fischer, Erhard Fuchs, Dr. Ingeborg Gieselberg, Helmut Kirsch, Helmut Raiser, Franz Schläger	
Hochdorf	Alfred Dietrich, Kurt Ehrhardt, Günter Glass, Friedrich Grote, Reinhard Haug, Erwin Hübner, Rupert Hennige, Hugo Läpple, Heinrich Wentsch	
Neckargröningen	Bernhard Buchholz, Erwin Demel, Alfred Dobler, Hans Kempter, Dieter Krauß, Otto Leutenecker, Richard Leutenecker, Manfred Nisi, Kurt Riegraf, Richard Scholl	
Neckarrems	Erwin Bosch, Fritz Eggenweiler, Albert Ehmann, Wilhelm Graf, Ernst Hahn, Karl Huber, August Obergfäll, Heinz Pfizenmayer, Gotthilf Räuchle, Martin Schreiber, Hermann Veit, Heinz Wibel	

Übergangsgemeinderat 1975 (Ausschnitt aus „10 Jahre Remseck am Neckar“)

Ein kleiner Ausflug zum Wahlverfahren: Die Gemeindeordnung lässt zu, dass in Gemeinden mit räumlich getrennten Ortsteilen die so genannte **„Unechte Teilortswahl“** angewandt wird. Sie garantiert jedem Ortsteil eine bestimmte Anzahl von Sitzen im Gemeinderat, birgt aber das Risiko, dass sich das Gremium durch Ausgleichssitze auch vergrößern kann. In Remseck am Neckar wurde die unechte Teilortswahl **von 1975 bis 1989 angewandt**, bevor dann ab 1994 auf die Quotierung der Sitze auf die Ortsteile verzichtet wurde. Die Zahl der Ausgleichssitze war überschaubar geblieben: 1980 waren es zwei, 1984 drei dieser zusätzlichen Mandate. Zu den Tücken der unechten Teilortswahl bezogen auf Remseck hat sich die Ludwigsburger Kreiszeitung am 07.10.1975 geäußert.

LKZ - 7. 10.75

Das Ergebnis der Aldinger Gemeinderatswahl:

FDP ist der große Gewinner

Über 10 Prozent Stimmenzuwachs – CDU bleibt stabil – Hohe Verluste von SPD und FWV

Aldingen (-nick-). – Mit einem Sieg der FDP/DVP, einer Stabilisierung der CDU und starken Verlusten von SPD und Freier Wählervereinigung endete die Kommunal-Nachwahl am vergangenen Sonntag in der neu gebildeten Gemeinde Aldingen. Die Nachwahl war notwendig geworden, weil das Landratsamt als Aufsichtsbehörde bei der Wahl vom 20. April einen Formfehler entdeckt hatte und sie für ungültig erklären mußte. Trotzdem gingen an diesem Sonntag noch 5253 Aldinger (das sind 54,9 Prozent der Wahlberechtigten) in den fünf Ortsteilen zu den Urnen. Von ihnen wählten 36,6 Prozent die Kandidaten der CDU, 24,1 Prozent Freie Wählervereinigung, 23,0 Prozent SPD und 16,3 Prozent FDP/DVP. Die Sitzverteilung im Aldinger Gemeinderat: CDU 11 Sitze, SPD 7 Sitze, FWV 5 Sitze und FDP/DVP 3 Sitze.

Im Hinblick auf die Wahl am 20. September ist bemerkenswert, daß die FDP-DVP im zweiten Anlauf drei Sitze erobert hat und damit erstmals eine Fraktion stellen kann. Die von dem liberalen Bündnis gewonnenen Mandate gehen erstens auf Kosten von Freier Wählervereinigung (die zwei Sitze im Rat verlor) und zweitens auf die der SPD (die nun einen Mandatsträger weniger hat).

Das gute Abschneiden der Freidemokraten dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß ihre Kreisparteispitze um Karl Moersch in den vergangenen Tagen und Wochen einen Wahlkampf mit großem Engagement geführt hat und gar Bonner Spitzenpolitiker an den Neckar geholt hat: Unter anderem Bundeswirtschaftsminister Friderichs, Fraktionsgeschäftsführer Mischnick und die stellvertretende Parteivorsitzende Hildegard Hamm-Brücher. Darüber hinaus aber war es der FDP/DVP diesmal gelungen, eine vollständige Liste von Persönlichkeiten für die Wahl zum Gemeinderat aufzustellen.

War die FDP/DVP am 20. April noch an den Tücken der unechten Teilortswahl gescheitert, so „erwischte“ es diesmal besonders stark die Freie Wählervereinigung. Obgleich sie mit 24,1 Prozent noch immer einen stärkeren Stimmanteil als die SPD (23,0 Prozent) hat, bekommt sie zwei Mann weniger als die Sozialdemokraten in den Gemeinderat. Sie verlor gegenüber der Wahl vom 20. April drei Sitze und muß sich nun mit sechs Gemeinderäten begnügen, während die SPD, die noch weit größere Stimmeinbußen hinnehmen mußte, lediglich einen Gemeinderat weniger im Rat haben wird.

Die Stimmverluste von SPD (minus 6 Prozent) und Freier Wählervereinigung (minus 4,3 Prozent) dürften allesamt der FDP-DVP zugute gekommen sein, die sich von 6,1 Prozent der Stimmen (am 20. April) auf 16,3 Prozent steigerte.

Die CDU kann mit einiger Genugtuung Gewinn verzeichnen. Sie brachte jetzt sogar 11 ihrer Kandidaten in den Gemeinderat und bleibt stärkste Fraktion. Ihre Spitzenkandidaten Franz Schläger (3483 Stimmen) und Margarete Whittome (2959) wurden lediglich in der Stimmenzahl vom in Aldingen populären Freie-Wähler-Mann Albert Buhl erreicht, der diesmal 3004 Stimmen erhielt, damit aber – im Gegensatz zu ihnen – gegenüber dem Frühjahr über 600 Stimmen Verlust gemeldet bekam. Ähnliche persönliche Einbußen erlebten auch die besten SPD-Bewerber Erika Raupp und Erwin Ulmer und der langjährige Aldinger Gemeinderat Willi Escher mußte sogar das Feld räumen, weil es ihm nicht mehr reichte. Vielleicht kam das dem Willen des Kandidaten in diesem Fall sogar entgegen, denn Escher hatte sich ohnehin nur mit einigem Widerwillen aufstellen lassen

Sie wurden gewählt

CDU: Margarete Whittome (Aldingen) 2959 Stimmen, Albert Ohlhausen (Aldingen) 2514 Stimmen, Dr. Karl Leitenberger (Aldingen) 2267 Stimmen, Franz Schläger (Hochberg) 3483 Stimmen, Margot Hintermaier (Hochberg) 1197 Stimmen, Walter Schmack (Hochdorf) 1534 Stimmen, Dr. Hubert Effenberger (Neckargröningen) 1716 Stimmen, Irmgard Haug (Neckarrems) 2726 Stimmen und Friedrich Wurst (Neckarrems) 1950 Stimmen, Egon Eppinger (Aldingen) 2078 Stimmen.

SPD: Erika Raupp (Aldingen) 2048 Stimmen, Erwin Ulmer (Aldingen) 1927 Stimmen, Dr. Ingeborg Gieselberg (Hochberg) 1814 Stimmen, Heiner Wentsch (Hochdorf) 1339 Stimmen, Hans Kempter (Neckargröningen) 1539 Stimmen, Marianne Schirra (Neckarrems) 1539 Stimmen und Erwin Bosch (Neckarrems) 1375 Stimmen.

Freie Wählervereinigung: Albert Buhl (Aldingen) 3004 Stimmen, Erich Buhl (Aldingen) 1696 Stimmen, Eugen Fetzer (Hochberg) 1945 Stimmen, Waldemar Scheyhing (Neckargröningen) 1531 Stimmen, Heinz Pfizenmayer (Neckarrems) 1785 Stimmen.

FDP/DVP: Dr. Eberhard Buck (Neckarrems) 2383 Stimmen, Reinhard Haug (Hochdorf) 2492 Stimmen und Peter Metschies (Aldingen) 1378 Stimmen.

5

Urst
2781

Ausschnitt aus der LKZ vom 07.10.1975

7. Im Jahr 1975 wurde zweimal ein Gemeinderat gewählt

Die erste Gemeinderatswahl nach der kommunalen Gebietsreform mit Bildung der neuen Gemeinde Aldingen am Neckar (ab 01.07.1977 Remseck am Neckar) fand am 20.04.1975 statt. Mit dieser Wahl wurde auch die bis heute gültige **Dauer der Wahlperiode von fünf Jahren** eingeführt. Und im Gegensatz zu den früheren Wahlen werden ab diesem Zeitpunkt alle Ratsmitglieder gleichzeitig gewählt und nicht mehr wie davor zeitversetzt je die halbe Anzahl.

Die Zahl der am 20.04.75 Gewählten war statt der satzungsgemäß zu wählenden 26 Räte 27, da es zu einem Ausgleichssitz kam. Die Sitze verteilten sich wie folgt auf die vier Wahlvorschläge: CDU 11, Freie Wähler 8, SPD 8 und FDP 0.

Obwohl gegen die Wahl kein Einspruch eingelegt wurde, **erklärte das Landratsamt sie nach Prüfung der Unterlagen für ungültig**. Der Grund: der Wahlvorschlag der Freien Wählervereinigung war in Absprache mit dem Rathaus nur von zwei statt wie notwendig von 14 bisherigen Gemeinderäten unterzeichnet worden (vgl. nachfolgenden Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 31.05.1975).

Aldinger Gemeinderatswahl ist ungültig

Landratsamt entdeckt Formfehler — Neuwahl voraussichtlich erst im Frühherbst

ALDINGEN, Kreis Ludwigsburg. Die rund 9500 Abstimmungsberechtigten der neuen Großgemeinde Aldingen/Neckar müssen noch einmal wählen — zum vierten Mal innerhalb eines halben Jahres. Das Landratsamt Ludwigsburg hat am Freitag die Gemeinderatswahl vom 20. April für ungültig erklärt, weil der Kandidatenvorschlag der Freien Wählervereinigung nicht mit der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl von Unterschriften versehen war. Obwohl durch diesen Formfehler weder die politische Konkurrenz benachteiligt noch der Wählerwille verfälscht worden war, mußte die Aufsichtsbehörde nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidium und dem Innenministerium ihr Veto einlegen.

Gegen das Ergebnis der Aldinger Wahlen — die CDU hatte zehn Sitze errungen, die SPD und die Freien Wähler je acht — war weder beim Landratsamt noch bei der Gemeindeverwaltung Einspruch erhoben worden. Die Freien Demokraten hatten nur allgemein das System der unechten Teilortswahl kritisiert, durch das sie sich um einen Sitz gebracht fühlten.

Bei einer routinemäßigen Wahlprüfung entdeckte das Landratsamt eine Panne, die laut Amtsverweser Richard Schneider (31), dem früheren Hochdorfer Bürgermeister, „uns allen mehr als unangenehm ist". Weder den Rathausbeamten noch dem Gemeindewahlausschuß war aufgegangen, daß der FWV-Vorschlag nur zwei und damit zu wenig Unterschriften trug. Das Wahlgesetz ist da sehr genau: Wahlvorschläge von Parteien, die auch im Landtag vertreten sind, brauchen nur eine Unterschrift. Für Gruppen, die dem Gemeinderat schon angehören, im Landtag jedoch keine Stimme haben, muß die Mehrheit der bisherigen Mandatsträger unterschreiben. Da im Aldinger Uebergangsgemeinderat 27 „Freie" sitzen, hätten mindestens 14 Namen unter dem Wahlvorschlag stehen müssen.

Die Verantwortung für den Ausrutscher liegt bei Amtsverweser Schneider, der die Listenbegutachtung an einen Sachbearbeiter delegiert und nach eigener Aussage eine Ueberprüfung unterlassen hat. Mit verantwortlich an dem Versehen könnte, wie der stellvertretende Bürgermeister Emil Breyer meint, auch das „Drunter und Drüber" der zweimaligen Bürgermeisterwahl sein, die ebenfalls ein unerfreuliches Nachspiel hatte: Der frühere Neckargröninger Bürgermeister Gert Birkert (38) hatte nach seiner knappen Niederlage gegen Peter Kuhn (36) die Wahl angefochten. Der Einspruch wurde zwar vom Landratsamt zurückgewiesen, aber noch bis zum kommenden Dienstag kann Birkert Klage beim Stuttgarter Verwaltungsgericht erheben.

Am nächsten Dienstag um 18.30 Uhr wird sich der Aldinger Uebergangsgemeinderat, der eigentlich am Freitag verabschiedet werden sollte, mit den Folgen des Formfehlers befassen. Gegen den Bescheid des Landratsamts besteht eine vierwöchige Rechtsmittelfrist. Mit der Neuwahl rechnen Aldinger Kommunalpolitiker nicht vor Frühherbst. Bis dahin bleibt der Uebergangsgemeinderat im Amt. hoh

Die erforderliche **Wiederholungswahl wurde auf den 05.10.1975 angesetzt**. Es kandidierten dieselben vier Wahlvorschläge wie im April. Aber im Ergebnis gab es dann doch deutliche Verschiebungen. „FDP ist der große Gewinner“ titelte die LKZ am 07.10.1975 (siehe Abbildung im Kapitel 6). Die FDP hatte nämlich bei der Wiederholungswahl drei Sitze gewonnen. Die Freien Wähler erreichten zwei Sitze weniger als bei der ersten Wahl, die SPD ging mit einem Sitz weniger aus der Wahl hervor.

Die Presse erklärte das gute Abschneiden der FDP in erster Linie damit, dass die Kreisparteispitze um Karl Moersch einen Wahlkampf mit großem Engagement geführt hatte und sie auch Bonner Spitzenpolitiker an den Neckar geholt hatte.

8. Die Wahlergebnisse von 1975 bis 2019

Nachdem bisher die Zeit vor 1975 unter verschiedenen Aspekten betrachtet wurde, soll nun die **Entwicklung der Freien Wähler im Remsecker Gemeinderat seit der Bildung der neuen Kommune** im Jahr 1975 zusammengefasst werden.

Beginnen wir mit einem **Bericht der LKZ vom 24.06.1980**. Dort wurde zur Kommunalwahl 1980 berichtet: „Ein Trend, der allenthalben im „Ländle“ zu vernehmen ist, bestätigte sich dabei auch im Kreisgebiet: Die Parteien setzten ihren Marsch gegen die einstigen Hochburgen freier Wählervereinigungen fort“. Überschrieben war der Beitrag mit dem Titel **„Freie Wählervereinigung immer stärker auf dem „absteigenden Ast“**.

aus Ludwigsburger Kreiszeitung vom 24.6.1980 Nr. 143 Seite 6

Parteien drängen auch in kleineren Orten vor:

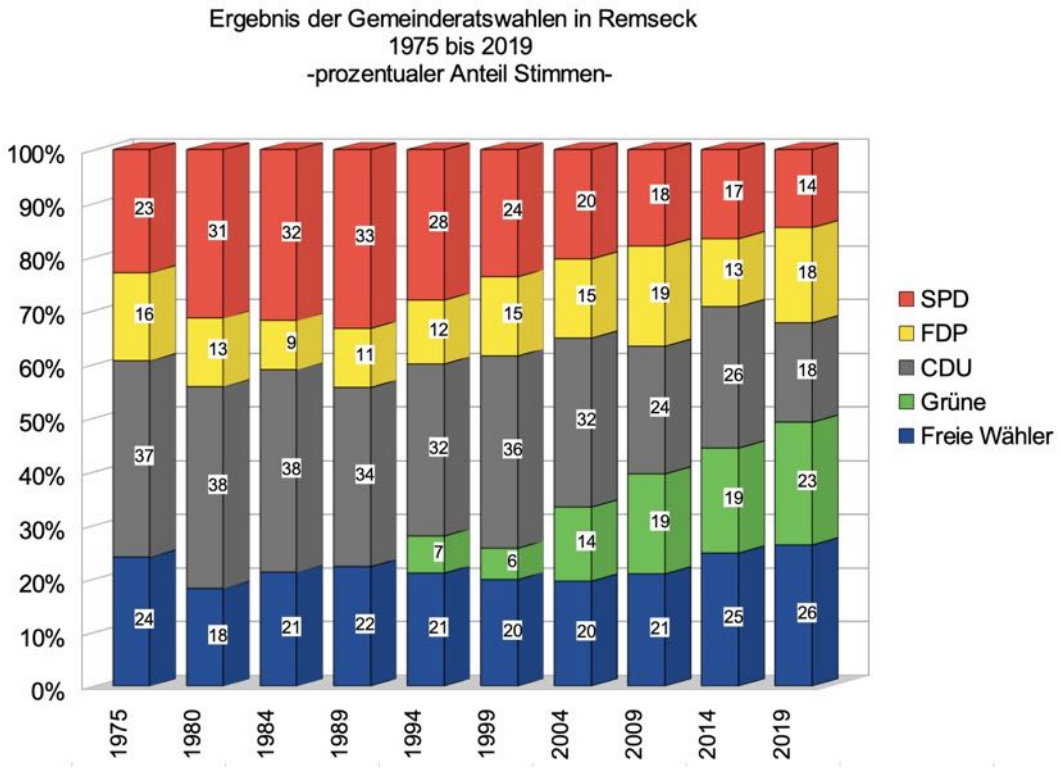
Freie Wählervereinigung immer stärker auf dem „absteigenden Ast“

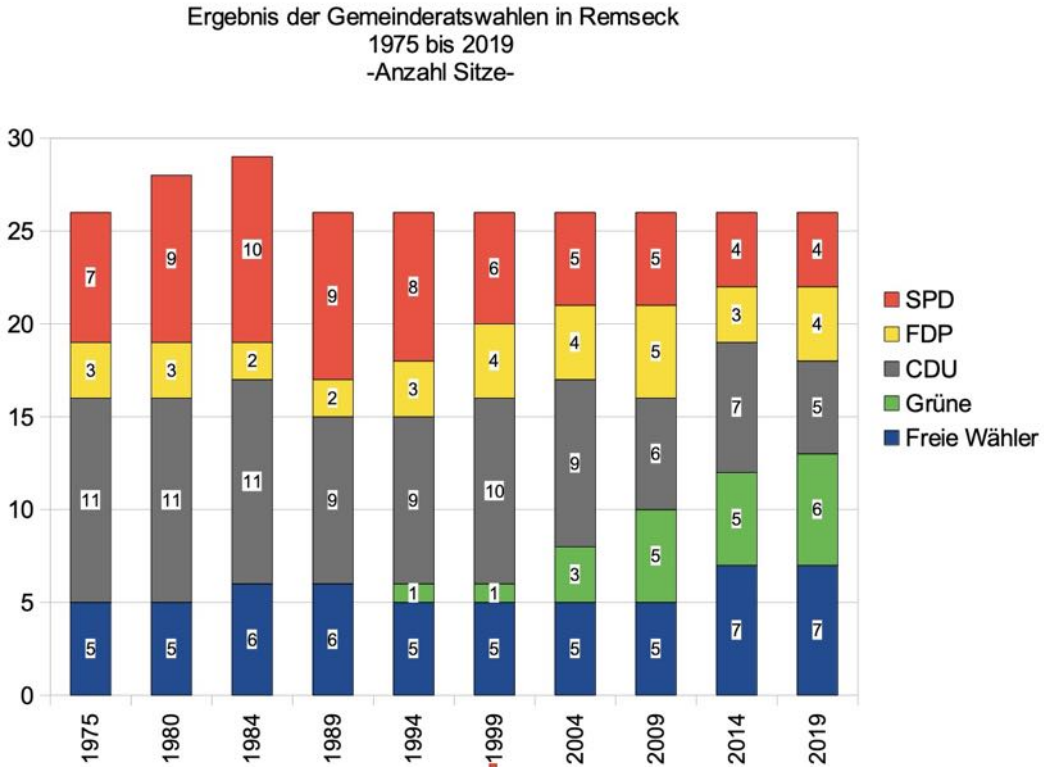
In Möglingen bloß noch eine Ein-Frau-Fraktion – Hochburg Vaihingen bröckelte kräftig ab

bä. – In Ellwangen bedurfte es einer eigenen Frauenliste, um wenigstens zwei Damen im Männer-Rate zu placieren, in Oberstenfeld kämpfte sich das „weibliche Element“ über die angestammten Wahlvorschläge ins Gemeindeparlament. Fünf Frauen zogen am Sonntag auf einen Schlag in die Bürgervertretung ein. Wenn die Oberstenfelder etwas tun, machen sie es gründlich, denn bislang war Ratsarbeit ausschließliche Domäne des angeblich „starken Geschlechts“. Es war eine der wenigen Überraschungen, die die Kommunalwahl prägte. Allerdings lag bis gestern abend nur ein Teil der Resultate aus den Städten und Gemeinden des Kreises vor – fast ganz fehlten die Großen Kreisstädte wie Bietigheim-Bissingen und Ditzingen. Ebenfalls bis in die Nachtstunden hinein mußte in jenen Großgemeinden, die sich mit der unechten Teilortswahl plagen, noch kräftig hin- und hergerechnet werden. Ein Trend, der allenthalben im „Ländle“ zu vernehmen ist, bestätigte sich dabei auch im Kreisgebiet: Die Parteien setzten ihren Marsch gegen die einstigen Hochburgen freier Wählervereinigungen meist mit Erfolg fort.

Hemmingen. – Wahlberechtigte 4
Wahlbeteiligung 62,2 Prozent, gü
Stimmzettel 2821, ungültige Stimmz
13. Es entfielen auf: CDU 17 637,
19 021, FWV 10 131, FDP 3039. Gew
sind: CDU: Peter Huber 3106, Fritz R
ert 1545, Herbert Honeck 1335, E
Schmid 1449, Walter Kirchner 1453,
Riesch 1162. SPD: Werner Fuchs
Friedrich Maier 1434, Alfred Rapp
Dr. Walter Zimmermann 1708, Ge
Stahl 1300, Reinhild Buchmann
Werner Vetter 1479. FWV: Dr. Ad
Raible 836, Karl Bauer 1476, Roland
fer 1122, Reinhard Kischlat 789.
Rolf-Günter Hack 464. – Erstmals
die FDP mit einem Vertreter ins Ra
ein, gleichzeitig rückt die SPD wied
stärksten Fraktion auf, nachdem sie
Sitz hinzugewann. CDU und FWV
ten je ein Mandat abgeben. Nicht

Die nachfolgenden **Grafiken zeigen die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Remseck am Neckar von der Wiederholungswahl 1975 bis zur Kommunalwahl im Jahr 2019**.

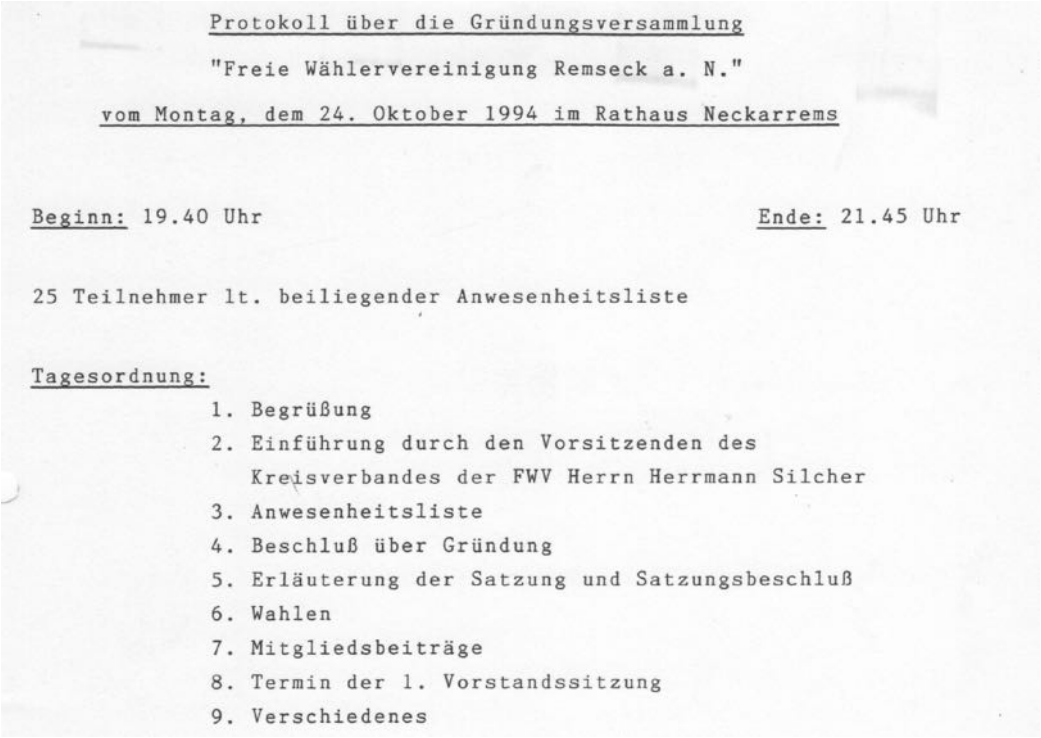




Die Betrachtung über zehn Wahltermine hinweg **zeigt sehr anschaulich die Trends bei den Wahlergebnissen**. Die Fraktionen der so genannten Volksparteien sind deutlich geschrumpft. Hatte die SPD als Spitzenwert 1984 zehn Sitze (mit Ausgleichssitzen), so hat sie sich in den letzten Wahlen zu vier Sitzen hin entwickelt. Auch die CDU-Fraktion, die in den 80-er Jahren mehrmals elf Mitglieder aufwies, hat zuletzt nur noch fünf Sitze erreicht. Ein Grund für die beiden genannten Entwicklungen ist sicher, dass die Grünen seit 1994 im Gemeinderat vertreten sind und 2019 sechs Sitze erringen konnten. Mit Schwankungen zwischen zwei und fünf Sitzen hat die FDP jeweils abgeschnitten.

Einen **stabilen Sockel im Gemeinderat haben in all den Jahren die Freien Wähler gebildet**, die in den früheren Jahren regelmäßig fünf oder sechs, bei den Wahlen 2014 und 2019 gar sieben Sitze erreicht haben. Prozentual betrachtet haben die Freien Wähler bei der Kommunalwahl **2019 mit 26,2 Prozent der Wählerstimmen das beste Ergebnis** aller Listen und auch ihr bestes Ergebnis aller Wahlen seit 1975 erreicht. Diese positive Entwicklung, welche die LKZ-Prognose von 1980 nachhaltig widerlegt, bestätigt uns in unseren Grundsätzen. **Wir bieten den Wählerinnen und Wählern Kandidaten an, die in der Stadt bekannt und anerkannt sind und die bereit sind, sich ohne Bindung an eine politische Partei im Gemeinderat für die Belange der Bürgerschaft zu engagieren**.

Nach der Kommunalwahl im Jahr 1994 haben sich die Verantwortlichen der Freien Wähler entschlossen, **auch in Remseck am Neckar einen Ortsverband in der Rechtsform eines eingetragenen Vereines zu gründen. D**ie Gründungsversammlung fand am 24.10.1994 statt. Damit sollte eine Struktur geschaffen werden, die auch zwischen den Wahlterminen kommunalpolitische Aktivitäten entfalten und die Gemeinderatsfraktion unterstützen kann. Der Verein hat heute rund 60 Mitglieder; über weitere Frauen und Männer, die mit ihrer Mitgliedschaft die Idee der Freien Wähler unterstützen möchten, freuen wir uns.



Protokoll über die Gründungsversammlung

"Freie Wählervereinigung Remseck a. N."

vom Montag, dem 24. Oktober 1994 im Rathaus Neckarrems

Beginn: 19.40 Uhr Ende: 21.45 Uhr

25 Teilnehmer lt. beiliegender Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Einführung durch den Vorsitzenden des Kreisverbandes der FWV Herrn Herrmann Silcher
3. Anwesenheitsliste
4. Beschluß über Gründung
5. Erläuterung der Satzung und Satzungsbeschluß
6. Wahlen
7. Mitgliedsbeiträge
8. Termin der 1. Vorstandssitzung
9. Verschiedenes

Ausschnitt aus dem Gründungsprotokoll von 1994

TOP 6: Wahlen

Herrn Balzer wird vom Vorsitzenden die Wahlleitung übertragen. Die Vorschläge zur Wahl des Vorstandes werden von Herrn Balzer notiert.

Der Vorstand wird wie folgt gewählt:

a) Vorsitzender: GERHARD WALDBAUER
(einstimmig - offen)

b) Stellvertreter: ERICH SONDERECKER
(einstimmig - offen)
HEIDI KAUTER
(einstimmig - geheim)

c) Schriftführer: WERNER PFISTERER
(einstimmig - offen)

d) Schatzmeister: RENATE BLEICHER
(einstimmig - offen)

Kassenprüfer: MANFRED STREICHER, GÜNTER DOBLER
(einstimmig - offen)

weiterer Ausschnitt aus dem Gründungsprotokoll von 1994

Sich politisch vor Ort parteiunabhängig und sachorientiert einzubringen und dabei Verantwortung zu übernehmen, gehört bis heute zu den Grundfesten der Freien Wähler.

Und Freie Wähler überlassen gerade heute die aktive und nachhaltige Teilnahme am demokratischen und politischen Willensbildungsprozess in den Gemeinden nicht alleine den Parteien.

Autor:
Gerhard Waldbauer
(Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat 1999 bis 2021)
Stand:
September 2022

Mail: gerhard.waldbauer@freiewaehler-remseck.de
Internet: remseck.freiewaehler.de